

Protokoll

über die öffentliche Sitzung

des Bürgerforums Westerberg, Weststadt (21)

am Mittwoch, 4. Juni 2014

Dauer: 19:30 Uhr bis 20:40 Uhr

Ort: Hochschule Osnabrück, Albrechtstraße 30 (Gebäude AB, Raum 0018/Wilhelm-Müller-Hörsaal)

Teilnehmer/-innen

Sitzungsleitung: Herr Bürgermeister Jasper MdL

von der Verwaltung: Herr Stadtrat Otte, Vorstand für Städtebau, Umwelt/Klimaschutz,
Feuerwehr und Ordnung
Herr Schürings, Leiter Fachbereich Städtebau
Herr Schnier, Osnabrücker ServiceBetrieb / Leiter Abfallwirtschaft
Frau Lewandowsky, Fachbereich Finanzen und Controlling / Fach-
dienst Beitragswesen

von der Stadtwerke

Osnabrück AG: Herr Hoffmeister, Unternehmensentwicklung
Herr Jaspers, Planung E-Netze/Anlagen/Öffentliche Beleuchtung
Herr Wedy, Planung E-Netze/Anlagen/Öffentliche Beleuchtung

Protokollführung: Herr Goedecke, Büro für Ratsangelegenheiten

Tagesordnung

TOP Betreff

- 1 Bericht aus der letzten Sitzung
- 2 Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte
 - a) Zusätzliche Bushaltestelle "Hakenbusch" in beiden Richtungen für die Buslinie R 31 an der Rheiner Landstraße, Ecke Hakenbusch
 - b) Auswirkungen der Neubebauung im Bereich Lotter Straße / Ernst-Sievers-Straße auf die Parksituation im Katharinenviertel
 - c) Neugestaltung des Carl-Hermann-Gosling-Platzes / Sanierung des Gustav-Heinemann-Platzes
 - d) Stand der Straßenreparaturen im Katharinenviertel
 - e) Ausbau der Wilhelmstraße zwischen Mozartstraße und Busing am Finkenhügel
- 3 Stadtentwicklung im Dialog
 - a) Erneuerung von Straßenbeleuchtungsanlagen
 - b) Entwicklung der Konversion in den Stadtteilen Westerberg/Weststadt - Sachstand
- 4 Anregungen und Wünsche (aus der Sitzung)
(Keine)

Herr Jasper begrüßt ca. 35 Bürgerinnen und Bürger sowie die weiteren anwesenden Ratsmitglieder Frau Pötter, Herrn Meimberg und Herrn Wurm (Später hinzugekommen sind Herr Dauer, Herr Florysiak und Frau Langanke)

- und stellt die Verwaltungsvertreter vor.

1. Bericht aus der letzten Sitzung (TOP 1)

Herr Otte verliest den Bericht aus der letzten Sitzung am 28.11.2013 mit den Stellungnahmen der Fachdienststellen zu den Anfragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger (siehe Anlage). Der Bericht wurde vor Sitzungsbeginn für die Besucher ausgelegt.

2. Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte (TOP 2)

2 a) Zusätzliche Bushaltestelle "Hakenbusch" in beiden Richtungen für die Buslinie R 31 an der Rheiner Landstraße, Ecke Hakenbusch

Herr Demircioglu vom VCD Kreisverband Osnabrück, schlägt vor, hier eine Haltestelle einzurichten, um die Wohn- und Gewerbegebiete im Bereich der Straße Hakenbusch an den Busverkehr der Linie R31 anzubinden.

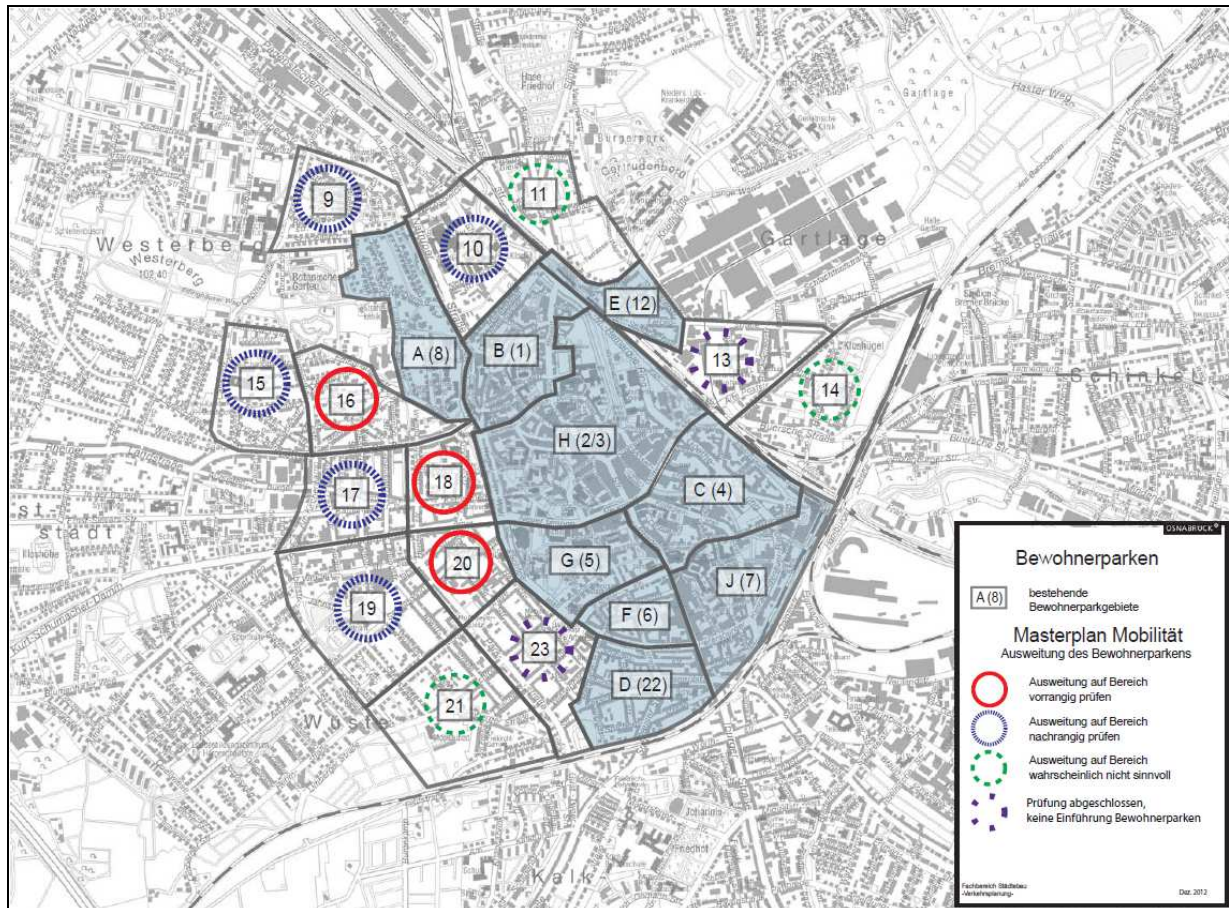
Herr Schürings legt dar, dass es im Bürgerforum Hellern am 15.05.2014 auch für den Bereich der Straße Lauburg an der Rheiner Landstraße die Anregung gegeben habe, eine Haltestelle einzurichten. Die Situation dort sei ähnlich wie im Bereich der Straße Hakenbusch. Die beiden Standorte werden sowohl von der Stadt als auch von den Stadtwerken als sinnvoll erachtet. Allerdings könne aufgrund der aktuellen Haushaltslage nicht gesagt werden, wann an diesen Standorten Haltestellen realisiert werden können.

Herr Jasper berichtet, dass Stadt und Stadtwerke das Ziel verfolgen, den öffentlichen Nahverkehr möglichst attraktiv zu gestalten. Allerdings müssten auch die erforderlichen Zuschüsse begrenzt werden.

2 b) Auswirkungen der Neubebauung im Bereich Lotter Straße / Ernst-Sievers-Straße auf die Parksituation im Katharinenviertel

Herr Prof. Dr. Haubrock vom Bürgerinnen- und Bürgerverein Katharinenviertel berichtet, dass seit Jahren das Parkproblem im Katharinenviertel existiert. Durch die weitere Bebauung wird eine Verschlechterung der Parksituation befürchtet.

Herr Schürings legt hierzu dar, dass es in dem Bereich schon wiederholt Anfragen zu einer Verbesserung der Parksituation gegeben habe. Er erläutert, dass von einigen Bürgern die Einrichtung von Bewohnerparken im Bereich des Katharinenviertels gewünscht werde. Er erklärt, dass im Rahmen der Erarbeitung des Masterplans Mobilität festgestellt worden sei, in welchen Bereichen die Einrichtung von Bewohnerparken möglich und sinnvoll sein könnte. Diese Bereiche würden nun nacheinander von der Verwaltung geprüft. Anhand einer Übersichtskarte (siehe unten) verdeutlicht er, in welchen Bereichen der Stadt die Einrichtung von Bewohnerparken geprüft werden soll und wo es bereits eingeführt wurde. Er berichtet, dass die Verwaltung aktuell die Einführung von Bewohnerparken im Gebiet 20 (Wüste) untersucht. Als nächstes werden nach der Sommerpause die Gebiete 17 und 18 (Katharinenviertel) einer genaueren Betrachtung mit zweistufiger Bürgerbeteiligung (Information und Befragung) unterzogen. Er betont, dass nach einer Erhebung der tatsächlich vorliegenden Parksituation eine Befragung der Anwohner erfolgen werde, ob die Einrichtung von Bewohnerparken von einer Mehrheit der Anwohner gewollt sei.



Bewohnerparken (bestehende und noch zu prüfende Bereiche)

Er berichtet, dass für die neu errichteten Gebäude im Sanierungsgebiet „Quartier Lotter Straße“ eine ausreichende Anzahl notwendiger Stellplätze vorhanden sei. Es sei unter anderem auch ein Parkhaus mit insgesamt 170 Stellplätzen errichtet worden, von denen 60 Stellplätze privilegiert Bewohnern des Katharinenviertels zur Verfügung gestellt werden können. Darüber hinaus stünden weiterhin Parkplätze im öffentlichen Straßenraum zur Verfügung.

2 c) Neugestaltung des Carl-Hermann-Gosling-Platzes / Sanierung des Gustav-Heinemann-Platzes

Herr Prof. Dr. Haubrock vom Bürgerinnen- und Bürgerverein Katharinenviertel fragt nach dem Stand der Umsetzung bzw. dem Planungsstand für eine Sanierung des Gustav-Heinemann-Platzes.

Herr Schnier berichtet zum Sachstand des Carl-Hermann-Gosling-Platzes, dass der Auftrag an die ausführende Firma am 27.05.2014 erteilt worden sei. In der 24. Kalenderwoche (16.06.2014) solle mit der Ausführung begonnen werden. Voraussichtlich werde die Baumaßnahme zwischen Ende August und Anfang September abgeschlossen. An der Planung gebe es keine Änderungen. Sie soll - wie bereits in der Bürgerbeteiligung (siehe TOP 1) besprochen/abgestimmt - umgesetzt werden.

Zum Sachstand des Gustav-Heinemann-Platzes legt er dar, dass es erste Abstimmungstermine mit dem Bürgerverein Katharinenviertel gegeben habe. Zurzeit werden eine Entwurfsplanung und eine Kostenschätzung erstellt.

Unabhängig davon sollen die Beton-Skulpturen noch in diesen Sommer abgebaut und die Flächen mit Rasen eingesät werden.

Der Basketballplatz bleibt erhalten und es sollen zusätzliche Bänke aufgestellt werden. Der Spielplatz wird von der Umgestaltung nicht berührt.

2 d) Stand der Straßenreparaturen im Katharinviertel

Herr Prof. Dr. Haubrock vom Bürgerinnen- und Bürgerverein Katharinviertel fragt nach dem aktuellen Sachstand.

Herr Schürings legt dar, dass dieses Thema in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (StUA) am 05.06.2014 behandelt werde. Er erklärt, dass für die Instandsetzung der Straßen drei verschiedene Varianten zur Diskussion stehen. Die erste Variante sieht eine Wiederherstellung der Arndtstraße zwischen Lotter Straße und Katharinenstraße in Betonsteinpflaster und der Alten Synagogenstraße in Natursteinpflaster vor. Die zweite Variante sieht eine Wiederherstellung beider Bereiche in Natursteinpflaster, wie bisher, vor. Die dritte Variante sieht vor, die Einmündungs- und Kreuzungsbereiche der Arndtstraße in Natursteinpflaster und die Zwischenbereiche in Betonsteinpflaster wieder herzustellen. Die Alte Synagogenstraße würde dann wie bisher in Natursteinpflaster wiederhergestellt werden.

Er erläutert, dass nach der Entscheidung des Ausschusses für eine der Varianten die Arbeiten ausgeschrieben werden. Die Durchführung der Arbeiten sei für die zweite Jahreshälfte 2014 vorgesehen.

Ein Bürger regt an, die beschädigten Straßen zu asphaltieren. Die jetzige Situation sei für Radfahrer schlimm.

Herr Schürings legt dar, dass es aus verschiedenen Gründen nicht sinnvoll sei, die Bereiche zu asphaltieren. Unter anderem sei es aufgrund der verschiedenen vorhandenen Untergründe schwierig, eine Asphaltierung vorzunehmen, da sich gezeigt habe, dass dann häufigere Reparaturen erforderlich seien. Hinzu komme außerdem, dass die Variante, die zur Wiederherstellung des Pflasters gewählt werde, auch zum Charakter des Viertels passen müsse.

Hinweis der Verwaltung: In der Sitzung am 05.06.2014¹ hat sich der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt mehrheitlich für die zweite Variante entschieden (also die Wiederherstellung beider Bereiche wie bisher in Natursteinpflaster).

2 e) Ausbau der Wilhelmstraße zwischen Mozartstraße und Busing am Finkenhügel

Herr Niemann fragt, wann der endgültige Ausbau der "oberen" Wilhelmstraße erfolgen wird. Dieser Bereich wird immer mehr durch parkende Fahrzeuge belastet, die am Rande der Fahrbahn stehen, so dass Fußgänger und Läufer die Fahrbahn benutzen müssen.

Ein weiteres Problem für Fußgänger, Läufer und Radfahrer tritt vor dem Klinikum auf. Fahrzeuge, die von der Privatklinik kommen, fahren häufig über den Wander- und Radweg vor dem Klinikum, ohne auf Fußgänger, Läufer und Radfahrer zu achten.

Hinweis der Verwaltung: Siehe auch Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt am 20.02.2014 unter dem Tagesordnungspunkt Ö 6.5: „Parksituation beim Klinikum Osnabrück am Finkenhügel - Sachstand“²

Herr Schürings erläutert, dass die obere Wilhelmstraße Teil der Tempo-30-Zone Wilhelmstraße/Mozartstraße ist und noch nicht endgültig ausgebaut worden ist. Er legt dar, dass der Ausbau der Wilhelmstraße im Bereich zwischen Mozartstraße und Am Finkenhügel langfris-

¹ Die Sitzungsunterlagen und der Beratungsverlauf sind einsehbar im Bürgerinformationssystem der Stadt Osnabrück unter www.osnabrueck.de/ris

² Die Sitzungsunterlagen und der Beratungsverlauf sind einsehbar im Bürgerinformationssystem der Stadt Osnabrück unter www.osnabrueck.de/ris

tig beabsichtigt sei. Allerdings sei die Straße noch nicht in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten. Deshalb könne noch keine Aussage getroffen werden, wann ein Ausbau der Straße erfolge.

Des Weiteren legt er dar, dass es in Tempo-30-Zonen bei geringem Verkehrsaufkommen durchaus verträglich sein könne, wenn Fußgänger und Fahrzeuge eine gemeinsame Verkehrsfläche nutzen müssen. Bei Straßen ohne Endausbau sei dies sogar regelmäßig der Fall. Dieser Bereich der Wilhelmstraße werde weiterhin regelmäßig (in der Regel 2x pro Woche) durch den Verkehrsaußendienst der Stadt kontrolliert. Dabei werde festgestellt, dass dort überwiegend auf dem „halb befestigten“ Seitenstreifen oder aber am rechten Fahrbahnrand geparkt wird. Beides sei derzeit grundsätzlich zulässig. Der Bereich der Wende ist mit absolutem Haltverbot beschildert; hier ist die Parksituation deshalb in der Regel unproblematisch.

Anmerkung der Verwaltung: Der gesamte Bereich westlich der Straße Am Finkenhügel gehört als nicht öffentlicher Bereich zum Grundstück des Klinikums. Die Verwaltung des Klinikums wird über die Anregungen und Hinweise informiert werden.

3. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 3)

3 a) Erneuerung von Straßenbeleuchtungsanlagen

Die Stadtwerke Osnabrück und die Stadtverwaltung sind seitens der Politik gebeten worden, in allen Sitzungen der Osnabrücker Bürgerforen über die Hintergründe für die Erneuerung der Beleuchtung, die Technik und über die neuen Regelungen bei der Abrechnung von Straßenbeleuchtungsmaßnahmen zu informieren.

Anhand einer Präsentation erläutert Herr Wedy die Aufgabenteilung zwischen Stadt und Stadtwerken bei der Erneuerung von Beleuchtungsanlagen. Weiterhin gibt er einen Überblick über die verschiedenen Arten der Straßenbeleuchtung und erläutert die Gründe, warum Leuchten erneuert werden müssen. Bei der Erneuerung der Beleuchtungsanlagen werde jeweils geprüft, ob nur die Leuchtmittel oder die Lampe und ggf. der Mast ausgetauscht werden müssen. Bei der Erneuerung der Leuchten ist die EU-Richtlinie 245/2009 anzuwenden, die ein Verbot aller Hochdruckentladungslampen mit zu geringen Lichtausbeuten beinhaltet. Quecksilber-Hochdrucklampen mit Lichtausbeuten zwischen 30-50 lm/W (Lumen pro Watt) werden ab dem Jahr 2015 nicht mehr hergestellt.

Zwischen Stadt und Stadtwerken wurde ein Masterplan „Öffentliche Straßenbeleuchtung“ vereinbart. Damit werden u. a. bestimmte Standards für die Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet festgelegt. Durch große Ausschreibungen können die Stadtwerke Osnabrück zudem am Markt günstige Einkaufspreise erreichen.

Für eine eventuelle Beteiligung der Anlieger an den Kosten sind die Regelungen des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) anzuwenden. Hierfür ist die Stadtverwaltung (Fachdienst Beitragswesen) zuständig und informiert vor Beginn der Maßnahmen. Die Erhebung und Berechnung der Beiträge erfolgt analog zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen gemäß der Straßenbaubeitragsatzung³. Frau Lewandowsky erläutert weiterhin den zeitlichen Ablauf für die Erteilung von Bescheiden.

Abschließend nennt Herr Wedy die Ansprechpartner und deren Kontaktdaten für Fragen zur Abrechnung bei der Stadt Osnabrück und für Fragen zur Technik bei den Stadtwerken Osnabrück.

³ Die Straßenbaubeitragsatzung ist veröffentlicht auf der Internetseite der Stadt Osnabrück (www.osnabrueck.de) - zu finden unter dem Stichwort „Ortsrecht“ (→ II. Finanzen → Nr. 2.7)

Herr Wedy bittet darum, Meldungen von Schäden an Straßenleuchten direkt an die Stadtwerke Osnabrück zu richten unter der Telefonnummer 2002-2010.

Eine Bürgerin weist darauf hin, dass in der Bismarckstraße im Bereich zwischen dem Bismarckplatz und der Blumenthalstraße in den dort vorhandenen Lampen regelmäßig nur eine von den zwei möglichen Leuchtmitteln angeschaltet werden. Da die Straßenleuchten nur auf einer Straßenseite stehen, sei es abends auf der anderen Straßenseite zu dunkel, um dort gehen zu können. Sie weist darauf hin, dass in einigen angrenzenden Straßen abends beide Leuchtmittel angeschaltet werden, sodass es in diesen deutlich heller sei. Als Beispiele nennt sie unter anderem den Edinghäuser Weg und die Zeppelinstraße.

Herr Wedy legt dar, dass in vielen Straßen zu verkehrsarmen Zeiten die Beleuchtung reduziert werde, um Kosten einzusparen und den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Er erklärt, dass der vorgetragene Sachverhalt von Seiten der Stadtwerke überprüft werde.

Herr Meimberg erkundigt sich, welche Straßentypen einzelne Straßen im Bereich des Lienschweges haben, da die Höhe des von den Anwohnern zu entrichtenden Beitrages maßgeblich von dem vorliegenden Straßentyp abhängig sei.

Herr Jasper erklärt, dass Fragen nach einzelnen Straßen nicht spontan beantwortet werden können. Allerdings bestehe die Möglichkeit, die Einordnung bestimmter Straßen beim Fachdienst Beitragswesen zu erfragen.

Ein Bürger erkundigt sich, wie die Bürger an den zu erwartenden Einsparungen beteiligt werden.

Herr Wedy legt dar, dass zwischen Stadt und Stadtwerken das Ziel vereinbart worden sei, Energieeinsparungen zu erreichen. Er erklärt, dass der Energieverbrauch durch die bislang erfolgten Maßnahmen bereits reduziert werden konnte. Von einer Reduzierung der Kosten würden letztlich auch die Bürger profitieren, da die zu erhebenden Beiträge niedriger seien oder zumindest nicht erhöht werden müssten.

Herr Jasper erläutert, dass die Stadtwerke AG eine hundertprozentige Tochter der Stadt sei und somit Einsparungen der Stadtwerke letztendlich auch den Haushalt der Stadt entlasten würden.

Ein Bürger erkundigt sich, ob es Überlegungen gebe, weitere Beleuchtungsanlagen und auch Ampeln in den Nachtstunden abzuschalten.

Herr Schürings legt dar, dass in einigen Bereichen zu den verkehrsarmen Nachtstunden die Beleuchtung reduziert werde und wo dies möglich sei, auch Ampeln abgeschaltet würden, um Kosten und Energie einzusparen. Allerdings sei dies immer eine Gratwanderung, da die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer absoluten Vorrang habe. Deshalb müsse eine Abschaltung oder Reduzierung im Vorhinein genau geprüft werden. Er berichtet, dass im Stadtgebiet zu den verkehrsarmen Zeiten im Augenblick etwa 50 Prozent der Ampeln abgeschaltet werden. Diese Standorte und auch weitere mögliche Standorte werden regelmäßig überprüft. Er betont, dass derzeit kaum Möglichkeiten zu weiteren Abschaltungen bestehen.

Ein Bürger weist auf die Möglichkeit eines Einsatzes von adaptiven Ampelschaltungen hin, welche das Verkehrsaufkommen registrieren und sich bei einem geringen Verkehrsaufkommen selbst abschalten könnten. Diese Technik werde zur Kosteneinsparung in einigen anderen Kommunen eingesetzt.

Herr Wedy erklärt, dass diese Technik bekannt sei. Allerdings müsse beachtet werden, wie kostenintensiv der Einsatz derartiger elektronischer Steuerungen wäre und ob sich dieser letztendlich lohnen könne.

Ein Bürger berichtet, dass er und einige andere Anwohner vor einiger Zeit um die Aufstellung anderer, schönerer Straßenbeleuchtung gebeten hätten. Dies sei damals nicht machbar gewesen. Er erkundigt sich, ob im Rahmen des Beleuchtungsprogramms die Aufstellung anderer Leuchten möglich sein könnte.

Herr Otte legt dar, dass möglichst preisgünstige Leuchten eingesetzt werden sollen. Er erklärt, dass mit dem Rat der Katalog der einzusetzenden Leuchten abgestimmt worden sei. Dabei habe man sich bewusst gegen eine größere Vielfalt der zum Einsatz kommenden Leuchten entschieden, da sonst höhere Anschaffungs- und Wartungskosten anfallen würden. Hinzu komme, dass die Standorte der Straßenleuchten in der Regel nicht mehr ohne weiteres veränderbar seien. Das heißt, auch bei dem Austausch alter Straßenleuchten durch neue müsse der Standort der Leuchte beibehalten werden. Da allerdings ein bestimmtes Ausleuchtungspensum gewährleistet werden müsse, sei die Auswahl der möglichen Leuchten eingeschränkt.

Ein Bürger erkundigt sich, ob beim Einsatz der neuen Leuchten darauf geachtet werde, dass diese umweltgerecht seien - also dass diese nur den Straßenraum und nicht den Nachthimmel und die Häuser ausleuchten.

Herr Wedy erklärt, dass bei dem Einsatz der neuen Beleuchtung darauf geachtet werde, dass das Licht nur auf den Boden und die Wege gerichtet sei.

3 b) Entwicklung der Konversion in den Stadtteilen Westerberg/Weststadt - Sachstand

Ein Bürger erkundigt sich, wo sich die Zufahrten zu dem Gelände befinden.

Herr Schürings erläutert, dass das Gelände über drei Zufahrten verfügt, welche an die Sedanstraße anschließen.

Ein Bürger legt dar, dass der Bau eines Kreisverkehrs in Höhe der Paracelsus-Klinik aufgrund der Ablehnung des Baus der Entlastungsstraße West/Westumgehung im Rahmen der Bürgerbefragung nicht mehr erforderlich erscheine.

Herr Otte erläutert, dass es von Seiten der Politik den Auftrag gegeben habe, eine grobe Vorabplanung für die Straße zu erstellen. Allerdings sei der Ausbaustandard der Straße noch nicht festgelegt worden, da dieser auch abhängig vom jetzt abgelehnten Bau der Entlastungsstraße West/Westumgehung gewesen sei.

Ein Bürger erkundigt sich, wie viel Prozent der gewerblichen Fläche im Bereich des Wohn- und Wissenschaftsparks bereits vermarktet werden konnte und ob es genaue Zeitpläne und Zielsetzungen für die Vermarktung gebe.

Herr Schürings erklärt, dass dies nicht der Fall sei. Es sei ausdrücklich gewollt, dass sich der Bereich zu einem Wohn- und Wissenschaftspark entwickelt. Es sei nur schwer steuerbar, in welchem Zeitraum die Ansiedlung von Unternehmen möglich sei, die der vorgegebenen Zielgruppe entsprechen. Er legt dar, dass es durchaus sein könne, dass es längere Zeit dauere, bis eine größere Anzahl an Unternehmen sich dort ansiedelt. Es werde allerdings regelmäßig überprüft, ob die Anforderungen, welche an interessierte Unternehmen gestellt werden, nachjustiert werden müssten. Er erklärt, dass es sich bei der Entwicklung der Fläche zu einem qualitativ hochwertigen Wohn- und Wissenschaftspark um einen Prozess handele, welcher von der Stadt begleitet werde.

Im Fachbereich Städtebau wurde aktuell zum Thema Konversion ein neuer „Newsletter“ aufgelegt.

Dem Newsletter können Informationen über den Stand der Planungen und der baulichen Entwicklungen auf den ehemaligen Kasernenarealen entnommen werden. Über die für den Stadtteil interessanten Projekte auf dem Hochschulareal der ehemaligen Von-Stein-Kaserne und die Projekte im Wissenschafts- und Wohnpark Scharnhorstkaserne gibt es entsprechende Berichte.

Den Newsletter 01/2014 findet man im Internet auf der Seite www.osnabrueck.de/konversion.

4. Anregungen und Wünsche (TOP 4)

Es werden keine Anregungen oder Wünsche vorgetragen.

Herr Jasper dankt den Besucherinnen und Besuchern des Bürgerforums Westerberg, Weststadt für die rege Beteiligung und den Vertretern der Verwaltung für die Berichterstattung.

gez. Goedecke
Protokollführer

Anlage

Bericht aus der letzten Sitzung (zu TOP 1)

TOP 1) Bericht aus der letzten Sitzung

für das Bürgerforum Westerberg, Weststadt am Mittwoch, 04.06.2014

a) Absolutes Halteverbot am Lotter Kirchweg (zwischen Voßkamp und Am Heger Turm)

TOP 1b aus der Sitzung am 28.11.2013

TOP 2a aus der Sitzung am 24.04.2013

TOP 1c aus der Sitzung am 06.06.2012

TOP 2i aus der Sitzung am 07.11.2011

In der letzten Sitzung war ein weiteres Mal auf die parkenden Fahrzeuge, die offenbar von Besuchern des Klinikums stammen, hingewiesen worden und erneut ein Halteverbot gefordert worden.

Ein weiterer Ortstermin der Verwaltung mit mehreren Anliegern hat stattgefunden.

Grundsätzlich wird die Situation von der Verwaltung so beurteilt wie in den bisherigen Stellungnahmen dargestellt.

Die Verwaltung hat sich dennoch bereit erklärt, am Einmündungsbereich „Lotter Kirchweg“ einen 10 m breiten Streifen mit „Parken verboten“ auszuweisen.

b) Geplanter Fußweg: Lürmannstraße über ehem. Karmann-Grundstück bis zum Wasserhochbehälter an der Gutenbergstraße (TOP 2b aus der letzten Sitzung)

In der Sitzung war von einer Bürgerin berichtet worden, dass es bis vor einiger Zeit einen von der Bismarckstraße abgehenden Heckenweg gegeben habe. Dieser sei allerdings inzwischen leider von Anwohnern gesperrt worden, obwohl es sich um städtisches Gelände handelte soll.

Die Verwaltung teilt mit, dass - wenn es sich bei dem Heckengang, den die Bürgerin anspricht, um den Weg handelt, der von der Bismarckstraße zur Lotter Straße verläuft (Tambourgang) - dieses Flurstück sich in privatem Eigentum befindet.

Sollte ein anderer Bereich gemeint sein, wird um Kontaktaufnahme mit der Verwaltung gebeten!

c) Sanierung und Umgestaltung der Freifläche sowie des Spielplatzes auf dem Carl-Hermann-Gosling-Platz (TOP 3b aus der letzten Sitzung)

Die Entwurfsplanung wurde am 25.11.2013 und am 15.01.2014 in der Altstädter Grundschule/Möser-Realschule am Westerberg den interessierten Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt.

Da für die Maßnahme Fördergelder in Anspruch genommen werden, muss die Gesamtmaßnahme bis Ende 2014 abgeschlossen sein, so dass die Umbauarbeiten bereits anlaufen.

► Der Tagesordnungspunkt mit einer Anfrage zum aktuellen Sachstand wurde für diese Sitzung erneut angemeldet (siehe TOP 2c).

d) Parken in der Bismarckstraße (TOP 4a aus der letzten Sitzung)

In der Sitzung war vorgeschlagen worden, das Parken auf dem Gehweg zu erlauben. Die Kfz-Führer parkten ihre Fahrzeuge ohnehin schon auf dem Gehweg, weil sie befürchteten, dass ansonsten die Außenspiegel abgefahren werden.

Die Verwaltung teilt hierzu mit:

Die aktuelle Parkregelung an der Bismarckstraße dient auch der Verkehrsberuhigung. Bereits bei der Planung für den Umbau der Straße wurde einseitig ein Parkstreifen auf Gehwegniveau so vorgesehen, dass die Fahrzeuge teilweise auf dem Seitenstreifen stehen und zumindest mit einer Reifenbreite auf der Fahrbahn. Entsprechend schmal ist der Seitenstreifen ausgefallen. Diese Parkanordnung soll dazu führen, dass die verbleibenden Durchfahrtsbreiten eng werden, damit nur mit mäßiger Geschwindigkeit gefahren wird.

Die verbleibenden Restbreiten lassen, bei verkehrsgerechtem Parken, zumindest einspurig ein gefahrloses Durchfahren zu. Zudem sind ausreichend Ausweichstellen vorhanden. Es muss deshalb bei ordentlichem Parken nicht damit gerechnet werden, dass Fahrzeuge im Vorbeifahren beschädigt werden.

Andererseits beträgt die Gehwegbreite stellenweise nur ca. 2,00 m. Würde man an diesen Stellen, wie vorgeschlagen, das Parken komplett auf Gehwegniveau zulassen, würde die Restbreite für Fußgänger in der Regel unter 1,70 m liegen. Das wäre für eine Begegnung von Fußgängern mit Kinderwagen oder Rollstühlen schon sehr knapp.